

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Verlagspreis: monatlich 175 h einschließlich
Bezugslohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die 8 Spalten-
Colonette oder deren Raum 50 h,
Reklametzelle 200 h.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Teibler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich. — Redakteur: Paul Jorjisch in Viebrich a. Rh. — Filialexpedition in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 70

Dienstag, den 15. Juni 1920.

Postfach 1014
Hochheim (Main) Nr. 1014.

14. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Nr. 150.

Der Landkreis Wiesbaden hat in Niederrhein im Taunus ein Kindererholungsheim für jugendliche Kinder gegründet. Dort sollen erholungsbedürftige Kinder des Landkreises Wiesbaden in wöchentlichen Kur erholung finden.
Die erste Kur soll am 1. Juli d. Js. beginnen. Der erforderliche Schulurlaub wird von der Behörde eingeholt werden. Im Monat Juli werden nur Knaben aufgenommen und zwar können sich Schulkinder von 6—14 Jahren aus allen Gemeinden außer Viebrich melden.
Der Preis für eine wöchentliche Kur beträgt 150 Mark.
Die Anmeldung der Kinder kann entweder bei dem Vorsitzenden des Ortswohlfahtsausschusses oder bei dem Kreiswohlfahtsamt direkt erfolgen.
Die Anmeldungen müssen sofort erfolgen.
Wiesbaden, den 12. Juni 1920.
Das Kreiswohlfahtsamt d. Landkreises Wiesbaden.
Schmitt, R. Landrat.

Nr. 151.

Bekanntmachung.

Der Raurer Philipp Schneider 4 in Frauenstein ist als Beigeordneter der Gemeinde Frauenstein gewählt und von mir bestätigt und vereidigt worden.
Wiesbaden, den 9. Juni 1920.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Schmitt, R. Landrat.

Nr. 152.

Bekanntmachung.

1. Neugebaltung der Reisbrotmarken.
Nach dem Erlaß des Preussischen Landratsbeschlusses vom 25. Mai d. Js. erfahren die Reisbrotmarken eine Neugebaltung.
Die Reisbrotmarken neuen Musters gelangen demnächst zur Veräußerung. Bis auf weiteres behalten jedoch die alten und die neuen Marken nebeneinander Gültigkeit.
Die Ungültigkeitserklärung der jetzigen Marken erfolgt voraussichtlich erst in einigen Monaten. Bis dahin findet ein Umlauf der alten in neue Marken statt.
II. Änderungen der bisherigen Bestimmungen.
a) Eine Stempelung der neuen Reisbrotmarken, die bisher von einigen Gemeinden vorgenommen wurde, ist nicht mehr zulässig.
b) Die Bestimmung, daß den Verbrauchern für jeden Reislohn eine bestimmte, vom Direktorium der Reichsbrotstellen festgesetzte Anzahl von Reisbrotmarken auszuhandeln ist, wird mit Wirkung vom 7. Juni 1920 ab aufgehoben. Von diesem Tage ab sind den Verbrauchern Reisbrotmarken lediglich nach Maßgabe der in ihrer Wohnsitzgemeinde gemachten Wochenlohnsumme an Brot auszuhandeln.
Im Landkreis Wiesbaden (außer Viebrich) erhalten somit die Verbraucher künftig gegen eine abgegebene Wochenlohnsumme 3,5 Bogen = 35 Abkürzungen zu je 50 Gramm Gebäck (bisher 3,5 Bogen) an Reisbrotmarken.
III. Entwertung der Reisbrotmarken.
Die Bäder sind unter allen Umständen gehalten, die von ihnen vereinnahmten Reisbrotmarken sofort zu entwerten. Nur auf diese Weise kann dem Umlauf der Reisbrotmarken Einhalt geboten werden. Alle bei der Umlaufprüfung der Bäderinnen vorgefundenen nicht entwerteten Marken werden eingezogen, ohne daß der Betriebsinhaber Recht dafür vergütet erhält.
Wiesbaden, den 9. Juni 1920.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Schmitt, R. Landrat.

Nr. 153.

Bekanntmachung.

Der Wandwirt Emil Benno in Wiesbaden ist als Bürgermeister der Gemeinde Wiesbaden gewählt, von mir bestätigt und vereidigt worden.
Wiesbaden, den 11. Juni 1920.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Schmitt, R. Landrat.
Nachdem seitens des Oberverwaltungsamts zu Wiesbaden der Ortslohn für den Landkreis Wiesbaden vom 1. Juli d. Js. anderweit festgesetzt ist, ändert sich gemäß § 1246 R. V. O. auch die Höhe der zu entrichtenden Invalidenversicherungsbeträge. Es sind vom genannten Zeitpunkt ab folgende Beitragssätze zu verwenden:
1. Für männliche Versicherte von 16 bis 21 Jahren (Ortslohn 7 h) Wochenbeiträge der Lohnklasse V.
2. Für weibliche Versicherte von 16 bis 21 Jahren (Ortslohn 4,80 h) Wochenbeiträge der Lohnklasse V.
3. Für männliche Versicherte über 21 Jahre (Ortslohn 8 h) Wochenbeiträge der Lohnklasse V.
4. Für weibliche Versicherte über 21 Jahre (Ortslohn 5,80 h) Wochenbeiträge der Lohnklasse V.
5. Für Lehrlinge (Ortslohn 4,20 h) Wochenbeiträge der Lohnklasse V.
6. Lehramtskandidaten (Ortslohn 3,40 h) Wochenbeiträge der Lohnklasse IV.
Die vorstehenden Sätze gelten für alle Nichtmitglieder einer Krankenkasse, sowie für solche Krankenkassenmitglieder, die zu den „außenstehenden“ zu den hausgewerblich Beschäftigten der Tabakfabrikation und der Textilindustrie oder zu den hausgewerblich Beschäftigten gehören.

Nichtamtlicher Teil.

Die Neubildung des Kabinetts.

Mz Berlin, 11. Juni. Der Reichspräsident hat Reichkanzler Müller mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.
Mz Berlin, 12. Juni. Der Reichkanzler hat infolge des ihm gewordenen Auftrages zur Kabinettsbildung an den Abg. Crispian von der Unabh. sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, in dem er ausführte: Zur Lösung der mir gestellten Aufgabe werde ich mich zunächst an die Leitung der Unabh. sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Wahlen brachten der Unabh. sozialdemokratischen Partei 80 Mandate und machten sie damit zur zweitstärksten Partei des zukünftigen Reichstages. Die Beilegung der Unabh. sozialdemokratischen Partei an der Regierung ist deshalb das dringlichste. In unserer jungen deutschen Republik erscheint mir die Teilnahme der Unabh. sozialdemokratischen Partei an der Regierung aber deswegen als besonders notwendig, weil nur durch eine nach links hin verklärte Koalitionsregierung unsere republikanischen Einrichtungen gegen Angriffe von rechts verteidigt, reaktionäre Attentate auf den Achtundzweiundzwanzig und auf die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit abgewendet werden und eine auswärtige Politik durchgeführt werden kann, die den republikanischen und sozialistischen Ideen der weit übertragenden Mehrheit des deutschen Volkes entspricht. — Anschließend bat der Reichkanzler Herrn Crispian zu einer Besprechung, wobei er zum Schluss auf die Dringlichkeit der Regierungsbildung wegen der in Spa zu führenden Verhandlungen hinwies.
Auf dieses Schreiben ist gestern nachmittag die Antwort der Unabh. sozialdemokratischen Partei, gezeichnet Crispian, eingegangen, die folgendermaßen lautet: Sehr geehrter Herr Reichkanzler! Im Auftrage des Zentralkomitees der Unabh. sozialdemokratischen Partei Deutschlands übermitteln wir Ihnen folgende Antwort auf Ihre Einladung vom 11. Juni zu einer Aussprache über den Eintritt von Mitgliedern unserer Partei in die neu zu bildende Regierung. Die Unabh. sozialdemokratische Partei kann nicht in eine Regierung eintreten, die sich die Wiederaufrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Wirtschaft zum Ziele gesetzt und zur Niederhaltung des Proletariats den Militarismus neubelebt und stärkt, wie er die bisherige Koalitionsregierung getan hat. Der Eintritt der Unabh. sozialdemokratischen Partei in eine solche Regierung würde eine Unterbrechung der konterrevolutionären Politik bedeuten, die sie gewalttätig bekämpft hat, und wäre eine Preisgabe ihres Programms und Verrats an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Kleinrentner, Kleinrentner und Kleinrentner, die der Unabh. sozialdemokratischen Partei bei der Reichstagswahl Stimme und Vertrauen geschenkt haben für die Fortführung ihrer Politik des radikalen Kampfes gegen den Militarismus mit dem Ziel der Befreiung der kapitalistisch-militaristischen Klassenherrschaft. Zur Erfüllung dieses Zieles ist die Unabh. sozialdemokratische Partei zu Beginn der Revolution in eine gemeinsame Regierung mit der rechtssozialistischen Partei eingetreten. Trotzdem diese Partei versprochen hatte, das sozialistische Programm zur Grundlage ihrer Politik zu machen, haben ihre Vertreter unausgesetzt eine Politik des Kompromisses mit den Vertretern der altständlichen Bürokratie, der kapitalistischen Parteien und des alten Militarismus getrieben, jedoch die Unabh. sozialdemokratische Partei gezwungen war, aus der Regierung auszutreten, um nicht mitzufallen zu werden an der Wiederbelebung des Kapitalismus, des Militarismus und der von ihnen ins Werk gesetzten blutigen Gewaltspolitik gegenüber der revolutionären Arbeiterklasse. Die seitdem betriebene rechtssozialistische Koalitionspolitik mit den kapitalistischen Parteien hat dazu geführt, die wahren Machtverhältnisse zu verfehlern und die Arbeiterklasse in ihrem Vormarsch zu behindern. Die Erstarrung der Reaktion, wie sie bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck kam, ist nur eine Folge der rechtssozialistischen Kompromisspolitik mit den gewalttätigen Feinden der Arbeiterklasse u. kann nicht bekämpft werden durch die Fortsetzung der das Proletariat verworrenden und spaltenden Koalitionspolitik, sondern nur durch eine grundsätzliche, klare und konsequente sozialistische Politik, die die Befreiung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Allein Herrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus erstrebt. Ergibt sich aus der Entwicklung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die Unabh. sozialdemokratische Partei als Überbegriff nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluss ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet. Durch diese Antwort dürfte auch nach Ihrer Überzeugung die von Ihnen gewünschte Aussprache gegenstandslos geworden sein.

Berlin, 12. Juni. Reichkanzler Müller hat den Auftrag zur Kabinettsbildung heute dem Reichspräsidenten zurückgegeben. Präsident Ebert hat nunmehr den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Heinze, zu einer baldigen Unterredung zu sich gebeten. Dr. Heinze befindet sich zurzeit in Dresden. Heute nachmittag sind die führenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei zusammengetreten, um sich prinzipiell darüber schlüssig zu werden, welche Forderungen die Partei für ihre etwaige Teilnahme in einer Regierungskoalition aufstellen soll. Die endgültige Beschlussfassung bleibt der Verhandlung der Fraktion, die am Montag stattfinden soll, vorbehalten. Man spricht davon, daß die Partei besondere Bedingungen für die Persönlichkeiten stellen wird, die mit der Regierungsbildung betraut werden sollen. Die Deutsche Volkspartei selbst erhebt durchaus nicht den Anspruch auf einen Ministerposten, sondern wünscht in erster Linie die Aufstellung von Hochministern, wobei es nicht ausgeschlossen sein kann, daß die eine oder die andere der Deutschen Volkspartei nahesteht. Die formulierten Forderungen dürften sich darauf beschränken, die Entpolitisierung des auswärtigen Amtes und der Verwaltungsbeamenschaft zu verlangen. Außerdem wird eine Erweiterung der Rechte des Reichswirtschaftsrats angestrebt. Wie wir weiter hören, hat die Demokratische Partei gegen diese Forderungen nichts einzuwenden, jedoch sollen sich noch wie vor innerhalb der Partei starke Widerstände gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei geltend machen. (F. R.)

Sages-Rundschau

Berlin. Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht ein von den Unabh. sozialdemokratischen Partei und der Betriebsrätezentrale Groß-Berlin herausgegebenes Flugblatt an Arbeiter, Angestellte und Beamte, das behauptet, daß die militärische Gegenrevolution jetzt wie ein Raubtier zum Sprung ansehe, weiterhin die Folgen eines Sieges der Sozialdemokratie in trostlosen Farben schildert und schließlich zum Generalstreik und zum Kampf mit der Waffe unter Leitung des revolutionären Aktionsausschusses auffordert, wobei nach einheitlichem Plan in ganz Deutschland vorgegangen werden solle. Die militärische und kapitalistische Gegenrevolution in Deutschland müsse für immer niedergeschlagen werden, damit dem Siege des Sozialismus und des Proletariats in ganz Europa der Weg frei gemacht werde und Sowjet-Rußland Unterstützung finde. Die „Tägliche Rundschau“ schließt aus diesem Aufruf, daß die gesamte Sozialdemokratie einen neuen Umsturz vorbereite. Sie fordert das Bürgertum zur Abwehr auf und wünscht auch zu wissen, was die Regierung getan habe, um dieser neuen Revolution entgegen zu arbeiten. — Die „F. Z.“ bemerkt dazu: „Wir unterstellen, daß es sich bei der hier vorbereiteten Aktion um Maßnahmen für den Fall handelt, daß ein neuer Putsch von rechts versucht werden sollte. Es ist ja in den letzten Wochen vor der Wahl bald von einem bevorstehenden Rechtsputsch, bald von einem solchen Vinksputsch die Rede gewesen. Offenbar ist man in beiden extremen Lagern bemüht gewesen, sich für alle Fälle vorzubereiten; dabei ist nicht alles geheim geblieben und das hat dann zur Verstärkung der Gerüchte über bevorstehende Putsche beigetragen. Heberdies kommen ja auch aus anderen Gegenden des Reiches Nachrichten über Abwehraktionen der radikalen Linken.“

Gewalttaten bei Krupp.

ab Essen, 11. Juni. Am 9. Juni nachmittags zogen mehrere hundert Arbeiter vor das Verwaltungsgebäude der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen und suchten von der Verteilung der für die Lohn- und Gehaltssteigerung zu erzielenden Aufschüsse, die über nur mit dem Betriebsrat als der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterklasse verhandelt werden können. Die vor dem Gebäude demonstrierende Menge war inzwischen stark angewachsen und legte nach einigen Reden ihrer Führer sofort das gesamte Werk still. Die Arbeitswilligen wurden aus den Werkstätten vertrieben und die Ausführung von Maschinenarbeiten mit Gewalt verhindert. Es kam zu Ausschreitungen und Mißhandlungen. Die Friedrich-Alfred-Hütte mit 8500 Mann Belegschaft liegt völlig still. Keinerlei Rohstoffarbeiten werden verrichtet. Der Betriebsrat der Hütte war von der Aktion nicht verständigt worden und vermochte bis her wenig Einfluss auf die Tumulten auszuüben. Der Schaden rechnet schon jetzt nach Millionen, denn infolge des plötzlichen Ausbruchs des Tumults und der gewaltsamen Verhinderung der wichtigsten Rohstoffarbeiten konnten aus der reichende technische Vorrichtungen, wie sie beim Stilllegen von Hütten nötig sind, nicht getroffen werden. Daher ist auch, wenn die Hütte wieder zum arbelten kommt, die Inbetriebnahme im alten Umfang auf längere Zeit und die Weiterbeschäftigung der Belegschaft unmöglich. Eine Säkung der übrigen Krupp'schen Werke, die von Rheinhausen ihre Rohstoffe beziehen, und die von ihnen weiterverarbeiteten weiterverarbeiteten Betriebe wird demnächst zu vermeiden sein. Je länger die tumultuöse Säkung in Rheinhausen anhält.

England und Frankreich.

Mz Amsterdam, 11. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter der „Evening Standard“ erklärt auf Grund einer Mitteilung von zuständiger Regierungsseite, die Behauptung, daß in der Entente eine Spaltung bestünde, sei nicht richtig. Das Verhältnis zwischen Lloyd George und Mitterand sei höchst herzlich. Es gebe kein Mißverständnis und keine Uneinigkeit zwischen den beiden Regierungen. Es sei klar, daß die englische, die französische und die italienische Regierung in einer Anzahl Fragen nicht denselben Standpunkt einnehmen könnten, aber Lloyd George werde alles Mögliche tun, um die ausgezeichneten Beziehungen zwischen England und Frankreich so fest wie möglich zu gestalten. Ein gewisser Teil der französischen Presse sei damit beschäftigt, Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen herauszufinden und in den Vordergrund zu rücken und in England würden solche Auslassungen von gewissen Kreisen zu Zwecken wiederholt, über die unterrichtete Leute vollkommen klar seien.
Mz Amsterdam, 11. Juni. Nach einer Londoner Meldung ist für den 27. Juni ein Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Mitterand in Brüssel als Vorbereitung für die Konferenz in Spa vereinbart worden.

Kabinettswechsel in Italien.

Rom, 11. Juni. Laut „Giornale d'Italia“ hat der König Giolitti offiziell mit der Kabinettsbildung beauftragt. Dem „Messaggero“ zufolge hat Giolitti die Kabinettsbildung angenommen.

Die deutsche Heeresstärke.

Berlin. Nach einer kürzlichen Mitteilung soll der Oberste Rat beabsichtigen, das Erbe Deutschlands um Erhöhung seiner Armee auf 200 000 Mann wiederum abzuheben; dagegen ist eine Verstärkung der deutschen Polizeitruppe gestattet.
Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hervorhebt, ist deutscherseits lediglich darum gebeten worden, das Heer in seinem jetzigen Bestande über den 10. Juli hinaus erhalten zu dürfen. Die Bitte dürfte mit der Tatsache der Wahlen und den Zuständen, die sie im Gefolge haben, begründet sein. Das Blatt erzählt, daß eine Antwort des Obersten Rates auf diese Note noch nicht ergangen sei. Die Heeresstärke sollte einen der wesentlichsten Verhandlungspunkte der Konferenz in Spa bilden. Es sei nun abzuwarten, ob die Konferenz verschoben und für welchen neuen Zeitpunkt sie dann ersonnen werden wird.

Die Anleihe für Deutschland.

Berlin, den 14. Juni. Wie Blättermeldungen aus Paris belegen, verlautet dort, daß die Beratungen der alliierten Kommission, die die Internationale Anleihe für Deutschland vorbereiten, beendet sind. Die Anleihe wird in Gold fünf Milliarden Franken betragen, welche Summe bis auf 15 Milliarden erhöht werden kann. Der gesamte Kredit soll gleichzeitig mit der von Deutschland zu zahlenden Schadenergütung verrechnet werden. Hauptbedingung für eine Anleihe ist, daß die deutsche Finanz- und Steuerverwaltung unter Aufsicht der Ententekommissionen in Berlin gestellt wird.

Die Verwaltungsreform.

Der preussische Staatskommissar für die Verwaltungsreform, der frühere Minister Dr. Drews, ist bekanntlich seit geraumer Zeit mit den Vorbereitungen für eine großzügige Verwaltungsreform beschäftigt. In Vorträgen und politischen Veranlassungen ist in den letzten Monaten wiederholt von dieser Reform die Rede gewesen. Wie die „Voss. Ztg.“ jetzt hört, sind die Vorarbeiten bereits soweit gediehen, daß dem preussischen Staatsministerium schon seit einer ganzen Reihe von Monaten Entwürfe zu einer neuen Landgemeindevorordnung, einer neuen Städteordnung, einer neuen Kreisordnung und einer neuen Provinzialordnung vorliegen. Es handelt sich um einen großen systematischen Aufbau, der, wie anzunehmen ist, wenn nicht dem gegenwärtigen, so doch dem neuen preussischen Landtag unmittelbar nach seinem Zusammentritt vorgelegt, also vermutlich im Frühjahr 1921 zur Beratung und Beschlussfassung reif sein wird.

Der Marschall Conrad von Höhendorn in Kempten.

Augsburg. Gelegentlich einer Trauung in Kempten fungierte der bekannte Feld-

[illegible]

